

...und arm bist Du...

- Rücknahme der Rente mit 67
- Renteneintrittsalter senken
- Altersarmut verhindern



Inhalt

- | | | |
|----|---|----|
| 1. | Altersarmut muss nicht sein. In sozialer Sicherheit alt werden! | 2 |
| 2. | Staatlich verordnete Altersarmut. | 5 |
| 3. | Privat versichern? | 8 |
| 4. | Die Demagogie mit der Demografie | 10 |
| 5. | Höhe des Verdienstes für eine armutsfeste Rente | 13 |
| 6. | Zustände wie in Griechenland? | 16 |
| 7. | Die Gewerkschaften sind gefordert | 17 |
| 8. | Millionen sind stärker als Millionäre | 19 |

1. Altersarmut muss nicht sein. In sozialer Sicherheit alt werden!

Experten schätzen, dass in Deutschland die Zahl der von Altersarmut Betroffenen bis zum Jahr 2021 auf deutlich über 2,5 Millionen Menschen anwachsen wird. Die Tendenz danach ist weiterhin steigend.

Dabei muss mensch wissen: Offizielle Armut berechnet sich hierzulande nach dem Durchschnittseinkommen. Arm ist, wer weniger als 60% des Durchschnittseinkommens bezieht. Wenn alle ärmer werden, steigt also die Zahl der Armen nicht (wegen der Durchschnittsbetrachtung).¹

Trotzdem: Selbst nach dieser verqueren Logik wird die offizielle Altersarmut sprunghaft ansteigen. Erst recht aber die gefühlte, die erlebte Armut, die schlicht aus Unterversorgung entspringt.

Nicht die alleinige, aber eine wesentliche Ursache dafür ist die schon von „Rot“-Grün mit der Agenda 2010 in die Wege geleitete Rentenreform.

- Eine Rentensenkungsautomatik wurde installiert (Rentenformel / Nachhaltigkeitsfaktor).
- 2007 beschloss dann die Große Koalition die Erhöhung des Renten-eintrittsalters auf 67 Jahre.

Der DGB schrieb im Sommer 2012:

„Wäre das Rentenniveau des Jahres 2030 heute schon Realität, würde der ‚Eckrentner‘ mit Durchschnittsentgelt (von aktuell [das war Mitte 2012, d. Herausgeber] ca. 2.625 Euro und 45 Beitragsjahren) statt ca. 1.263 Euro nur noch ca. 1.086 Euro erhalten. **Durchschnittsverdienende** [Hervorh. durch uns] müssten dabei mindestens 33 Jahre ununterbrochen sozialversicherungspflichtig beschäftigt sein, um eine Rente in der Höhe der Grundsicherung im Alter zu bekommen. Beschäftigte mit einem Einkommen mit 2.000 Euro würden mehr als 43 Jahre arbeiten müssen, um eine höhere Rente zu bekommen als ein/e Grundsicherungsbezieher/in.

Der ‚Eckrentner‘ wird jedoch immer mehr zum Auslaufmodell. Das Normalarbeitsverhältnis liegt nur bei 66 Prozent. Fast die Hälfte der Frauen ist atypisch beschäftigt, und 70 Prozent der Beschäftigten im Niedriglohnsektor sind Frauen. Dabei ist die Zahl der Beschäftigten im Niedriglohnsektor insgesamt von 16 auf 22 Prozent gestiegen. Unter den 63- und 64-Jährigen arbeiten nur zehn Prozent in einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung. So gingen 2011 48,2 Prozent

¹ Nach EU-Maßstäben sind Menschen armutsgefährdet, die weniger als 60% des Medians zur Verfügung haben. Der Median ist das *mittlere Einkommen*, also nicht das Durchschnittseinkommen, das rund beim Doppelten des Medians liegt, weil hier sich die sehr hohen Einkommen anders auswirken.

der Neurentner/innen frühzeitig in den Ruhestand – mit Abschlägen von ca. 109 Euro².

Die durchschnittliche Altersrente betrug 2011 bei Männern 867 Euro. Bei einem Rentenniveau von 43 Prozent wäre dies eine Durchschnittsrente für Männer von ca. 745 Euro. Für Frauen würde die Rente im Westen durchschnittlich 419 Euro betragen (heute 487 Euro), im Osten 585 Euro (heute 681 Euro). Bei einem jetzt schon geltenden Rentenniveau von 43 Prozent läge die Durchschnittsrente also bei den Männern nur noch knapp oberhalb der Höhe der Grundsicherung im Alter und bei den Frauen deutlich darunter.³

Wenn eine Bundestagswahl vor der Tür steht ...

...dann gehen die früheren, gegenwärtigen und künftigen Rentenklauer auf Stimmenfang, unterstützt von Heerscharen selbsternannter Sachverständiger und einer willfährigen Publizistik.

Teilweise werden scheinbar neue Konzepte aufgetischt, welche die Rentenkürzung kosmetisch geringfügig umgestalten, umstrukturieren und optisch anders darstellen. So soll der Eindruck entstehen das Problem sei erkannt und würde angegangen.

Es gibt aber auch offene Kampfansagen einer weiteren künftigen Verschärfung.

Mit beachtlichem Mediengetöse sollen die Menschen vom Widerstand abgehalten und gegeneinander ausgespielt werden: Junge gegen Alte. Beschäftigte gegen Rentner. Deutsche gegen Südeuropäer..... usw.

Dabei wird dreierlei suggeriert:

1. Es gäbe in der Rentenpolitik zwischen „Rot“/Grün und CDU/FDP grundlegende Unterschiede, man könne da ein „kleineres Übel“ wählen.
2. Mensch könne die asoziale Politik der Koalition von Kapital und Kabinett einfach abwählen. **Abgelenkt werden soll von der einzigen realen Möglichkeit, diesen Raubzug tatsächlich zu stoppen, nämlich vom massenhaften Widerstand, von sozialem Kämpfen, von Streiks, bis hin zum Generalstreik. Abgelenkt werden soll auch von den objektiven Aufgaben und Möglichkeiten der Gewerkschaften.**

² Rentenversicherung in Zahlen 2012, Deutsche Rentenversicherung Bund (Hrsg.), 08.06.2012

³ „Rentenbeitrag und Rentenniveau. Aussichten 2030“ Hg. von DGB-Bundesvorstand VB 04 / Sozialpolitik“, <http://tinyurl.com/ch9fem2>

3. Mit der alten Demografie-Lüge (Einschnitte seien wegen der alternden Bevölkerung alternativlos), sollen die Menschen entmutigt und vom Widerstand abgehalten werden.

Die Betroffenen sollen widerstandslos arm sein und möglichst früher sterben.

Rentenkonzepte der CDU, SPD und anderer Parteien

Die magische Zahl ist 850. Insoweit stimmen die Konzepte von CDU und SPD schon überein. Auf diesen Eurobetrag soll die Rente nämlich aufgestockt werden, wenn Altersarmut droht. Allerdings nicht für alle, denn die CDU verlangt hierfür als Voraussetzung 35 Beitragsjahre, 45 Versicherungsjahre und die Einzahlung in eine private Zusatzversorgung im Erwerbsleben. Etwas weniger streng ist die SPD, die „nur“ 30 Beitragsjahre und 40 Versicherungsjahre voraussetzt. Sie verlangt allerdings, dass gleichzeitig massiv die Betriebsrenten ausgebaut werden, wozu 2 Prozent des Bruttolohns abgeführt werden müssen. Großzügigerweise dürfen hier diejenigen dem Abzug widersprechen, die sich das sowie so nicht leisten können.

Wie nicht anders zu erwarten, lehnt die FDP alle Zuschüsse – seien sie steuer- oder beitragsfinanziert – ab und will stattdessen im Interesse der Banken und Versicherungskonzerne die private Vorsorge und die Betriebsrenten noch stärker bevorzugen. Die Grünen wollen eine Garantierente für alle, die dem Arbeitsmarkt 33 Jahre zur Verfügung gestanden haben. Diese soll allerdings nur leicht über der bisherigen Grundsicherung liegen. Lediglich die Linke will eine Mindestrente von € 1.000,-, zu deren Finanzierung auch die Freiberufler, Beamten und Politiker in die gesetzliche Rentenversicherung einzahlen sollen.

Leider kommt den Versuchen, Armutsfestigkeit der Renten zu erreichen, aber die Senkung des Rentenniveaus durch Rot-Grün in die Quere, die CDU/CSU und FDP seinerzeit nicht weit genug gingen.¹ Aus den 850 Euro Bruttorente (nach Abzug der Kranken- und Pflegeversicherung 762,07 Euro Nettorente) werden nämlich bei dem beschlossenen Rentenniveau von 43% bis 2030 nur noch 642,53 Euro Nettorente übrig bleiben. Das sind 45 Euro unter dem Grundsicherungsbedarf von 688 Euro.

Deshalb hat Johannes Steffen vollkommen recht, wenn er schreibt: „Alles in allem liefern die Maßnahmen und Instrumente, die auf Schließung von Sicherungslücken im Erwerbs- und/oder im Erwerbseinkommensverlauf abzielen, am Ende nur dann auch einen Beitrag zur Stärkung der strukturellen Armutsresistenz der gesetzlichen Rentenversicherung, wenn gleichzeitig das Rentenniveau wieder auf eine lebensstandardsichernde Höhe angehoben wird. An diesem Punkt aber stellen sich CDU/CSU, FDP, Grüne und SPD quer – mit all den negativen Folgen für die Wirksamkeit ihrer eigenen Vorschläge.“
(<http://www.portal-sozialpolitik.de/> Reformvorschläge für die Rente v. 16.1.2013)

¹ Lediglich die Partei *Die Linke* will, dass das Rentenniveau wieder auf 53% des Durchschnittseinkommens angehoben wird.

2. Seit der 2003 von „Rot“-Grün verkündeten Agenda 2010 und der im Jahr 2007 von der CDU/SPD Regierung durchgezogenen Einführung der Rente mit 67 ist Altersarmut staatlich verordnet.

Von SPD und Grünen mit der Verkündung der „Agenda 2010“ am 14.03.2003 angestoßen – danach (von der Großen Koalition CDU/SPD und von der CDU/FDP Regierung) ständig weiter verschärft – wird die staatlich verordnete Altersarmut systematisch vorangetrieben.

Die Erhöhung des Renteneintrittsalters führt nicht dazu, dass die Masse der Menschen tatsächlich länger beschäftigt bleibt. Sie ist vielmehr ein Rentenkürzungsprogramm, weil kaum noch jemand tatsächlich bis zur Regelaltersgrenze arbeiten kann. (Du musst eben umso mehr Abschlüge hinnehmen, je früher Deine Gesundheit aufgebraucht ist, oder Du keine Arbeit mehr hast.)

Aber auch wer arbeitend das Renteneintrittsalter erreicht, ist vor Armut nicht geschützt. Haben früher die Menschen sich auf die Rentenbezugszeit gefreut, fürchten sich inzwischen immer mehr vor ihr, weil sie von der Rente allein nicht mehr leben können.

Das **Renteneinstiegsniveau ist** von 73 Prozent im Jahr 1977 auf 50 Prozent heute gesenkt worden und soll 2030 nur noch 43 Prozent betragen.

Eine zusätzliche Schmälerung entsteht deshalb, weil ein immer größer werdender Teil der Rente versteuert werden muss. Auch Kranken- und Pflegeversicherungsbeträge müssen mittlerweile auf die Rente entrichtet werden, so gehen von den kargen Bezügen nochmals mehr als 10 Prozent ab.

Da klingt es wie Hohn, wenn die SPD erst 2020 entscheiden will, wie hoch ihrer Meinung nach das künftige Rentenniveau sein soll.

Der sogenannte Nachhaltigkeitsfaktor legt fest, dass auch die **Rentenanpassung** automatisch gesenkt wird, wenn die Rentner im Verhältnis zu den Beschäftigten zunehmen. Bei steigendem Durchschnittsalter (aber auch bei steigender Arbeitslosigkeit) nagt die Inflation dadurch sogar an der Kaufkraft der Mini-Renten, die mensch beim Renteneintritt bekommt.

Die wirkliche Rentenformel lautet:

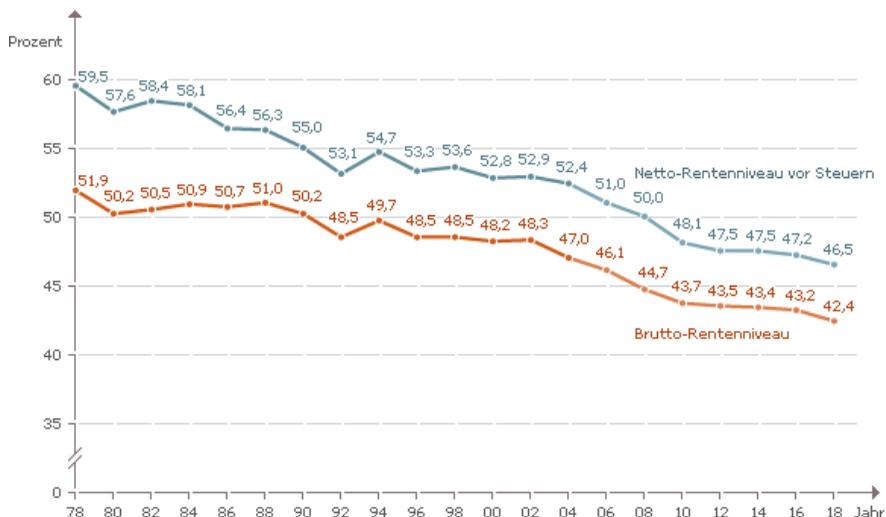
**Senkung des Renteneinstiegsniveaus plus Nachhaltigkeitsfaktor
= massenhaft Unterversorgung**

**Verschärft durch Abschlüge weil Rentenalter nicht erreicht wird
= massenhaft Altersarmut**

**Verschärft durch Arbeitslosigkeit, Hartz IV und Niedriglohn
= massenhaft Alterselend**

■ Entwicklung des Rentenniveaus

In Prozent des Einkommens eines Durchschnittsverdieners, Deutschland 1978 bis 2018

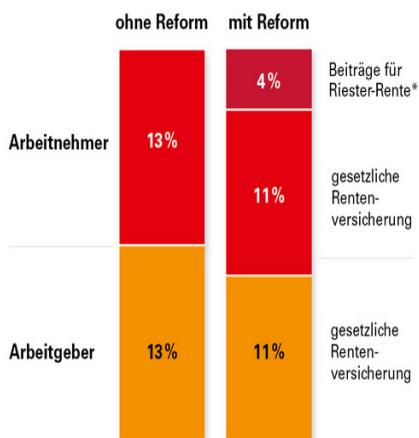


Quelle: Verband Deutscher Rentenversicherungsträger
Stand: 11.2004

bpb © 2005 Bundeszentrale für politische Bildung

Belastung für Arbeitnehmer steigt

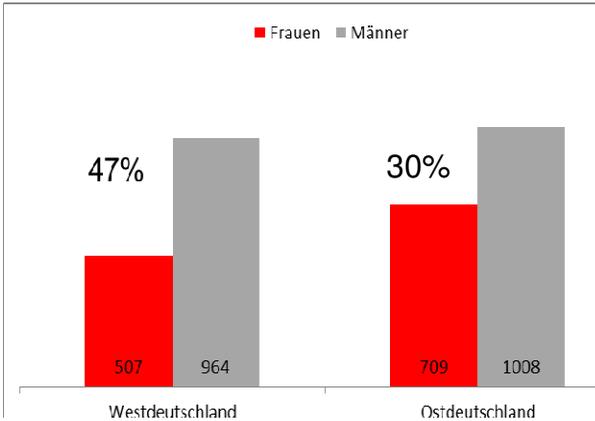
Um das Rentenniveau bis 2030 auf dem Stand von 2000 zu halten, sind Versicherungsbeiträge von 26% nötig – davon zahlen ...



* maximaler Förderungsbeitrag; Quelle: IMK 2012 | © Hans-Böckler-Stiftung 2012

Zu alle dem kommt noch hinzu, dass die Betriebsrenten beträchtlich geschröpft werden. Auch die Entgeltumwandlung (Eichel-Modell) gilt als Betriebsrente, obwohl sie es gar nicht ist, denn die Kapitaleseite beteiligt sich gar nicht daran. Im Gegenteil: Das Kapital spart Sozialbeiträge, die hinterher wieder bei den Sozialkassen (und damit auch in der Rentenversicherung, wie auch bei der jeweils eigenen Rente) fehlen. Laut Regierungsbeschluss werden die Betriebsrenten bei der Auszahlung ab 2040 komplett versteuert. Und auf die Betriebsrente muss der volle Krankenkassenbeitrag bezahlt werden, also auch diejenigen „Betriebsrenten“, die gar keine sind. Das sind dann zusammen mit dem vollen Pflegebeitrag knapp 18 Prozent!

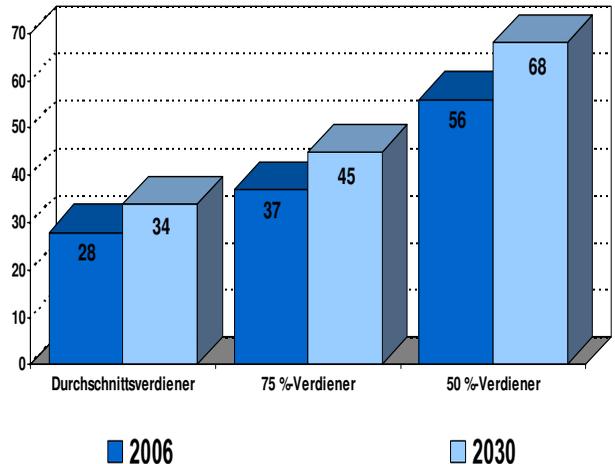
Durchschnittliche Rentenhöhe Rückstände der Frauen in Prozent



Im aktuellen OECD-Gleichstellungsbericht hat die Bundesrepublik erneut denkbar schlecht abgeschnitten: Beim Lohngefälle zwischen Männern und Frauen landete sie auf dem drittschlechtesten Platz, in Sachen Rentenungleichheit hielt sie gar den Negativrekord. Frauen haben in Deutschland nur die Hälfte der Altersbezüge der Männer und sind damit massiv von Altersarmut betroffen.

Eine Rente über dem Armutsniveau ist immer schwieriger zu erreichen

Viele prekär Beschäftigte sind NiedriglöhnerInnen. Auch dort ist Altersarmut vorprogrammiert. Im Schnitt verdienen z.B. Leiharbeiter nur die Hälfte des mittleren Bruttoeinkommens aller Vollzeitbeschäftigten – das sind durchschnittlich 1456 Euro brutto im Monat. Um den Grundsicherungsbedarf zu decken, müssen 50%-Verdiener 56 Jahre arbeiten. Durch die Absenkung des Rentenniveaus müssten sie im Jahre 2030 sogar 68 Jahre arbeiten, um die Grundsicherung zu erreichen – ein politischer Skandal!



Quelle: Arbeitnehmerkammer Bremen.
Basis: Single, nach heutigen Werten

3. Privat versichern?

Der Riester Bluff: Einstieg in die private Rentenversorgung für alle

Der Einstieg in die kapitalbasierte private Vorsorge wurde als „Ergänzung“ der umlagefinanzierten Gesetzlichen Rentenversicherung (GRV) verkauft. Dabei war das Wesentliche, dass staatliche Zuschüsse, die aus einer Leistungskürzung der GRV finanziert werden, mit dem Abschluss von Verträgen von privaten Versicherungsgesellschaften kombiniert werden.

Die wesentlichen Nachteile hat Johannes Steffen schon vor 13 Jahren aufgezählt:

- Das Leistungsniveau der GRV sinkt für Zugangs- und Bestandsrenten, mit oder ohne PRV.
- Die PRV kennt keine Unternehmerbeiträge.
- Die Gesamtbelastung der Lohn- und Gehaltsempfänger liegt höher als unter Beibehaltung des heutigen Leistungsspektrums im Jahr 2000.
- Die Zusatzbelastung setzt zeitlich sehr viel früher ein.
- Die PRV kennt keine Solidarität.
- Sicherungslücken im Alter vergrößern sich.
- Selbst bei langjähriger Beitragszahlung verkleinert sich der Abstand zwischen gesetzlicher Rente und Sozialhilfe.

Die Gewinner von Riesters "Reformen"- eine Bilanz nach über einem Jahrzehnt

Etwa 16 Millionen Verträge wurden bis heute nach dem "Riester-Modell" abgeschlossen. Die Gewinner sind eindeutig die privaten Finanzdienstleistungskonzerne - sie machen blühende Geschäfte - und die "Arbeitgeber" - ihre Beitragsentlastung zahlen Arbeiter und Angestellte.

Die Vertragsprovisionen der Vermittler übersteigen oft die staatlichen Förderungsbeträge, die Verwaltungskosten wirken ebenfalls rentenmindernd. Durch versicherungsmathematische Tricks werden die Renten aus Riester-Verträgen gekürzt.

Die Hans-Böckler-Stiftung griff 2012 die kapitalgedeckte Riester-Rente fundamental an: Diese taue nach einer aktuellen Studie nicht, die Einschnitte bei der gesetzlichen Rente auszugleichen. Die Verfasser der Studie fordern, die Subventionierung von Riester-Renten auslaufen zu lassen – und zur Vermeidung von Altersarmut das Rentenniveau zu erhöhen statt zu senken sowie Niedrigrenten durch Steuergelder aufzustocken.

Die kapitalgedeckte Rente sei "keinesfalls geeignet“, „den Menschen ein sicheres Auskommen im Alter in Ergänzung zur gesetzlichen Rente zu

garantieren". „Wenn diese Reformen bestehen bleiben, werden große Teile der Erwerbsbevölkerung in Altersarmut abgleiten.“

2001 bis 2004 hatten SPD/Grüne die „Rentenreformen“ mit dem Ziel beschlossen, die Rentenbeitragssätze auch bei einer wachsenden Zahl von RentnerInnen bis 2030 nicht über 22 Prozent steigen zu lassen. Die Rentenberechnungsformel wurde um sogenannte „Dämpfungsfaktoren“ ergänzt. Die Folgen: Das Versorgungsniveau aus Renten für Beschäftigte mit durchschnittlichem oder niedrigem Einkommen liegt in Deutschland "deutlich unter dem Niveau in anderen OECD-Ländern".

Damit hat die Sozialdemokratie in Deutschland dem nationalen Kapital durch Senkung der Zahlungen in die Rentenkasse, das Ganze kombiniert mit dem Heraufsetzen des Renteneintrittsalters auf 67 Jahre, einen eindeutigen Wettbewerbsvorteil gegenüber konkurrierenden Kapitalien nicht nur in Europa verschafft. Gleichzeitig war dieses rot/grüne Betrugsmanöver der Startschuss zu europaweiten Angriffen auf das Renteneinstiegalter und die Höhe von Renten. Die Beschäftigten werden europaweit in die Arme der Versicherungskonzerne getrieben. Ebenfalls von SPD und Grünen, mit der Agenda 2010 eingeleitet, dann von der Großen Koalition und schließlich von der CDU/FDP-Regierung systematisch verschärft, entwickelt sich der prekäre Arbeitsmarkt einschließlich des ausufernden Niedriglohnssektors.

Er wächst explosionsartig, verdrängt und zerstört dadurch die gesamte gewachsene Tarifstruktur. Damit wird die Altersarmutsproblematik noch verschärft, weil NiedriglöhnerInnen schon im Arbeitsleben, erst recht im Rentenalter in Armut landen.

Rente, Finanzmärkte und Krise

Die Umstellung auf private Altersvorsorge entlastet nicht nur die Unternehmen und belastet die Arbeitnehmer, sondern schaufelt neue Milliarden in die Finanzmärkte. Heute kommt ein Zehntel der Alterseinkommen aus privater Quelle, aber ein Fünftel aller Zahlungen fließen in diese Richtung.⁴

Laut OECD verwalteten die Pensionsfonds der Welt im Jahr 2011 über 20 Billionen Dollar. Diese Gelder, die als Kapital auftreten, das eine Anlage sucht, sind natürlich ein Treiber der Spekulation, können aber auch ein Opfer werden.

In der Krise von 2008/2009 haben Millionen Menschen ihre Altersvorsorge verloren, vor allem in den Ländern, wo diese schon länger auf privater Basis organisiert wird. In den USA z.B. hatten viele ihre Altersvorsorge in Häuser gesteckt, die sie nach dem Platzen der Immobilien-Blase verkaufen mussten, oder in Wertpapiere, die nichts mehr wert waren.

⁴ Zeit online 19.11.12

In Deutschland wurde dies durch Milliarden für die Bankenrettung zwar verhindert, aber bekanntlich mit Milliarden aus Steuermitteln. Also haben die Beitragszahler als Steuerzahler ihre Einlagen doppelt finanziert. Eine neue Krise der Banken kann aber nicht mehr durch neue Staatsmittel „gerettet“ werden.

Generell trifft jede Krise auch die RentnerInnen: Bei einer beitragsfinanzierten Rente, wie sie bis zu Riester und Agenda in Deutschland vorherrschend war, müssen die Renten aus den Beiträgen der Arbeitnehmer und der Arbeitgeber gezahlt werden. Steigt die Arbeitslosigkeit, sinken diese Beiträge, es gibt also weniger zu verteilen.

Bei einer kapitalgedeckten Rente muss die Wirtschaft soviel Profit abwerfen, dass die Rentenfonds und –versicherungen auszahlen können, was in einer Krise naturgemäß auch nicht der Fall ist.

Allerdings kann in einer Krise der Kapitalstock einer Rentenversicherung ganz oder teilweise vernichtet werden. Dann ist die Rente futsch!

4. Die Demagogie mit der Demografie

Auskömmliche Rente für alle? Wohlstand im Alter? Wer soll das bezahlen? So schreien all die, welche inzwischen schon fast allmonatlich Dutzende oder auch Hunderte von Euro-Milliarden-Spenden für Banken, Rettungsschirme und Konzernsubventionen beschließen.

Die Staaten, die Banken und Konzerne, die Multimilliardäre, stellen sich gegenseitig Schecks in hundertfacher Milliardenhöhe aus, die ihre Lakaien in Regierung und Opposition dienstfrig einlösen, aus Steuergeldern versteht sich.

Ein paar Krümel von diesem fetten Kuchen landen ja schließlich auch in deren eigenen Kassen. Geholt wird das Ganze bei der Masse der Bevölkerung.

Dem „Fiskalpakt“, der dieser Umverteilungsautomatik Verfassungsrang verlieh, stimmten (außer der Linkspartei) alle Bundestagsparteien zu.

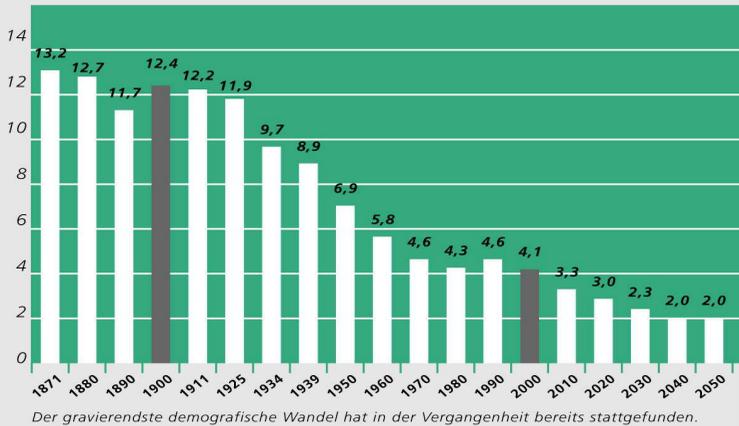
„Europäische Union GmbH“! – „Deutschland AG“! - Alle Macht geht vom Kapital aus!

Die Kasse muss stimmen. Spekulationsblasen müssen mit realen Werten unterfüttert werden. Wer die Milliardäre sponsert, muss unter anderem die Rentner schröpfen, das ist doch nur logisch.

Ja, aber die Leute werden doch immer älter! Immer weniger Beschäftigte müssen immer mehr Rentner versorgen! Da ist es doch logisch, dass irgendwann die Rentenkassen leer sind!

Alterung – nichts Neues

auf eine Person ab 65 Jahren kommen... 15–65-Jährige

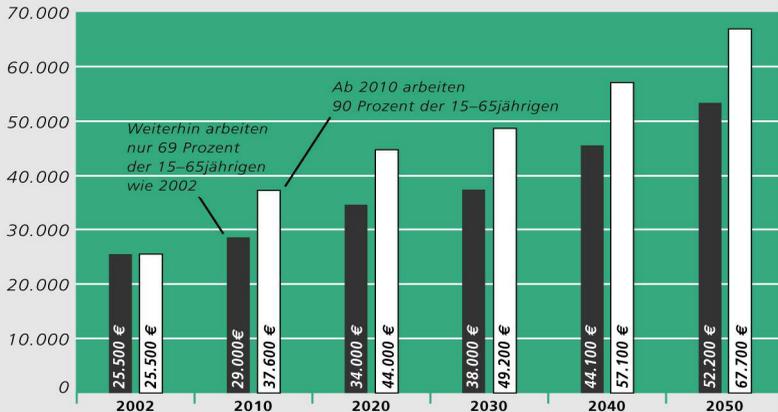


Quelle: ver.di Bundesvorstand: Mythos Demografie;
http://wipo.verdi.de/broschueren/mythos_demografie

So hält man uns demagogisch entgegen und verschweigt wie die Rentenkassen wirklich geleert werden. Die Unternehmer wurden per Gesetz aus der paritätischen Finanzierung der Sozialversicherungen (auch der Rentenversicherung) befreit. Sie behalten selbst die Milliarden, deren Fehlen in den Sozialkassen sie vorausschauend bejammern. Millionen Selbstständige und Beamte zahlen überhaupt nicht in die Rentenversicherung ein.

Produktivität schlägt Demografie

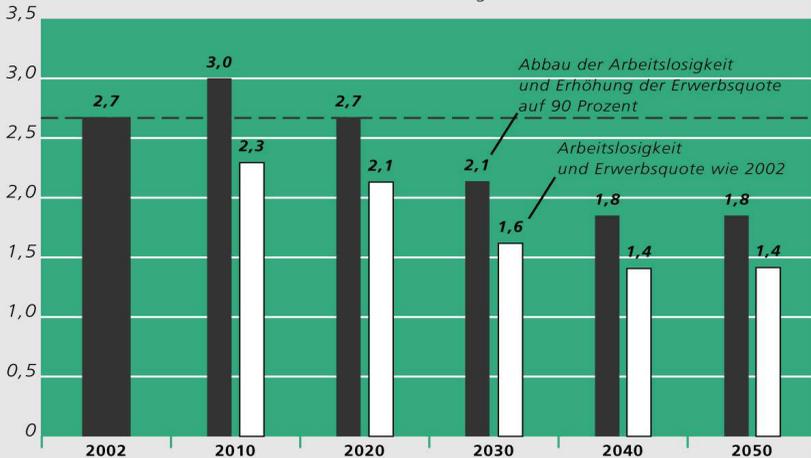
Bruttoinlandsprodukt pro Kopf der Bevölkerung



Die Steigerung der Produktivität – gemäß Prognose 1,8 Prozent jährlich – ermöglicht trotz Alterung der Bevölkerung auch in Zukunft eine stark wachsende Reichtumsproduktion.

Höhere Erwerbsquote entschärft Demografie

auf eine Person über 65 Jahren kommen... Erwerbstätige



Abbau der Arbeitslosigkeit und höhere Erwerbsbeteiligung führen zu einer günstigeren Entwicklung des Verhältnisses von Erwerbstätigen und Alten.

Quelle: ver.di Bundesvorstand: Mythos Demografie;
http://wipo.verdi.de/broschueren/mythos_demografie

Wenn vor allem die paritätische Finanzierung wieder eingeführt würde und wenn jeder Geldverdiener (**auch die Gewinneinstreicher**) zur Finanzierung herangezogen würde, könnten die Rentengesetzänderungen zurückgenommen und die Renten problemlos finanziert werden!

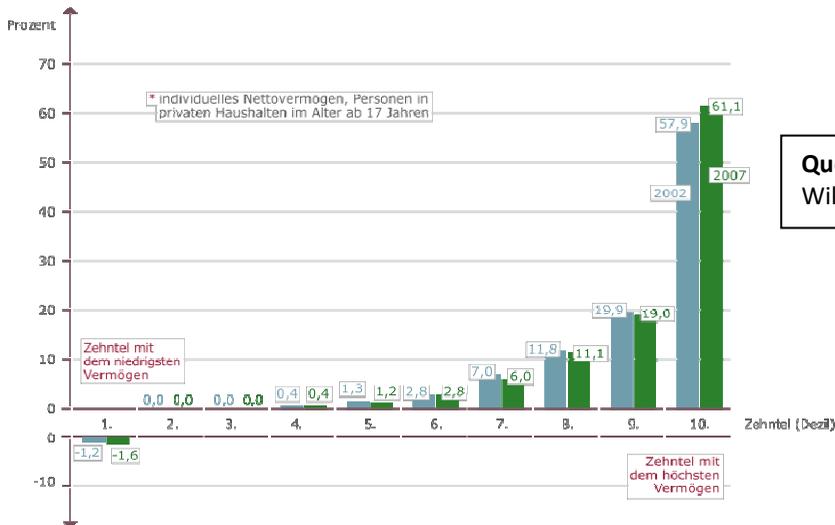
Und wenn das alles irgendwann mal nicht ausreichen sollte, könnte man ja mal zur Abwechslung den Multimilliardären, den 0,7 Prozent der Bevölkerung, die in Deutschland 35,8 Prozent aller Vermögen besitzen, in Form einer Vermögensabgabe in die Taschen greifen.

Laut Statistischem Bundesamt ist seit 2003 das Bruttoinlandsprodukt (BIP) um mehr als 21 Prozent gestiegen. Die Bevölkerungszahl hingegen um fast 1 Prozent gesunken. Und da soll auf einmal nicht mehr genug für alle da sein? Noch nicht einmal so viel wie früher?

Auch schon 2003, als die Agenda 2010 verkündet wurde, klappten zwischen den Vermögen und Einkünften der Superreichen und denen der Normalsterblichen Welten. Aber der Drang des Kapitals nach immer mehr Profit ist grenzenlos. Er treibt (auch in Deutschland) Millionen ins Elend, im Amoklauf immer weiterer Umverteilung von unten nach oben.

Vermögensverteilung

Erwachsene Bevölkerung nach Zehnteln, Anteile am Gesamtvermögen in Prozent, 2002 und 2007 *



5. Was müssen Menschen verdienen, um eine armutsfeste Rente erwarten zu können?

Zur aktuellen Berechnung (Feb. 2013):

In Deutschland waren laut einer umfangreichen Studie der Bundesregierung 2011 in der BRD 15,1 Prozent der Bevölkerung armutsgefährdet, das sind (12,2 Mio. Menschen), Tendenz steigend.⁵

Armutsgefährdet ist demnach, wer netto (!) 952 € oder weniger zur Verfügung hat. Wenn wir uns auf RentnerInnen beziehen, dann müssen sie demzufolge 1060 € an Rente bekommen.

Um auf dieses Rentenniveau zu kommen, muss nach heutigem (Februar 2013) Rentenrecht⁶ folgende Rechnung aufgemacht werden:

⁵<http://de.statista.com/statistik/daten/studie/164203/umfrage/armutsgefaehrungsquoten-in-den-bundeslaendern/>

⁶ also bezogen auf das von der Deutschen Rentenversicherung (DRV) für 2013 angesetzte Durchschnittseinkommen von monatlich 2839,25. Dies ist heute das Monatsbruttoentgelt für einen „Rentenpunkt“. Diese und alle folgenden Zahlen beziehen sich auf die „alten Bundesländer“, in den „neuen Bundesländern“ liegen die Werte niedriger. Statt 28,07 € für den aktuellen Rentenwert gibt es für BewohnerInnen Ostdeutschlands nur 24,97 € usw.

Wer eine Rente von mindestens 1060 € brutto (=Grenze der Armutsgefährdung für RentnerInnen) haben will, muss entweder:

- a. 40 Jahre lang (nach heutigem Geldwert!) 15,41 € / Stunde verdienen; oder
- b. 45 Jahre lang 13,70 € / Stunde, ebenfalls mit heutigem Geldwert.

Dies setzt voraus, dass das Rentenniveau bei den heutigen 50 Prozent bleibt.

Wenn es auf **43 Prozent** sinkt, dann wären für den Fall

- a. (also bei 40 Beitragsjahren) 17,56 € erforderlich und für den Fall
- b. (bei 45 Beitragsjahren) 15,61 €

Oder (für das Rentenniveau von 43%) anders herum gerechnet:

Wer (bei heutigem Geldwert) 15,41/Stunde verdient, müsste für eine alterssichere Rente mindestens 45,6 Jahre arbeiten, bei einem Stundenverdienst von 13,70 € sogar 51,3 Jahre.

Das heißt: Da der Niedriglohnsektor sich ständig ausdehnt, reicht es selbst bei heutigem Rentenniveau für eine wachsende Zahl von Menschen nicht aus.

„Im Jahr 2010 arbeiteten 20,6 Prozent aller Beschäftigten in Betrieben mit zehn und mehr Beschäftigten für einen Niedriglohn. Im Jahr 2006 lag der Anteil der Beschäftigten mit Niedriglohn noch bei 18,7 Prozent. «Mit dieser Steigerung setzte sich ein längerfristiger Trend fort», sagte Roderich Egeler, Präsident des Statistischen Bundesamtes, anlässlich einer Pressekonferenz in Berlin, auf der er Ergebnisse der Erhebung der Struktur der Arbeitsverdienste 2010 vorstellte.

Der Abgrenzung des Niedriglohnbereichs wurde eine international verwendete Definition zugrunde gelegt. Niedriglohn liegt vor, wenn der Verdienst eines Beschäftigten kleiner als zwei Drittel des Medianverdienstes, also des mittleren Verdienstes aller Beschäftigten, ist. Die so für 2010 bestimmte Niedriglohngrenze, unterhalb derer alle Verdienste als Niedriglöhne gelten, lag bei 10,36 Euro Bruttostundenverdienst.“⁷

Es fällt auf, dass **nach dieser Definition** des Niedriglohnbereichs Menschen mit einem Verdienst über der Niedriglohngrenze (und das beim heutigen Rentenniveau von 50%!) selbst nach 40 oder 45 Versicherungsjahren keine armutsfeste Rente mehr bekommen werden. Also selbst das heute noch gültige Rentenrecht wird zu einer deutlichen Zunahme der Altersarmut führen.

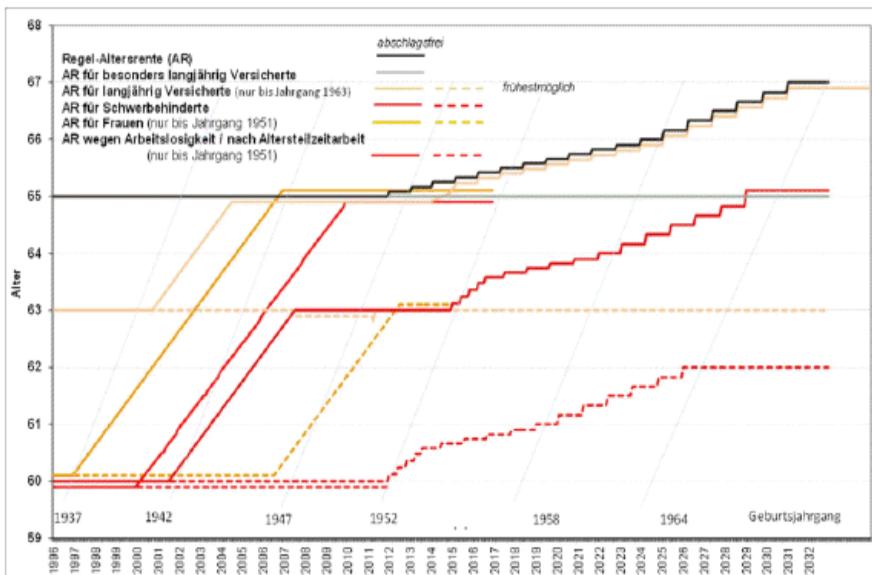
7

Damit ist quasi heute schon amtlich, dass weit mehr als ein Fünftel der Bevölkerung nur die Aussicht auf eine Rente **deutlich unterhalb der Armutsgrenze** haben wird, bei einem Absenken auf das vorgesehene Rentenniveau von 43% wird die Zahl noch viel dramatischer steigen. Nach einer sehr vorsichtigen überschlägigen Rechnung würden dann ca. 30 bis 40% der RentnerInnen in **absoluter Armut** landen, also bei unter 883 € Bruttorente, d. h. 786 € netto. Die Grundsicherung liegt heute übrigens bei 756 €, also schon deutlich unterhalb der absoluten Armutsgrenze.

Mensch kann auch eine andere Rechnung aufmachen: Bei dem vom DGB und seinen Einzelgewerkschaften geforderten Mindestlohn von 8,50 € bekäme ein Mensch (bei einer 40-Stundenwoche und 12,5 Monatsgehältern im Jahr) nach 47 Beitragsjahren (!) 619.- € brutto! Das sind 550 € netto, was 29% *unterhalb* der absoluten Armutsgrenze liegt!

Anders gerechnet: Um (bei einem Rentenniveau von 43%) mit einem Stundenlohn von 8,50 € (immer unter der Bedingung gleichbleibenden Geldwertes) die Grenze zur Armutgefährdung zu überschreiten (die heute bei 1060 Euro liegt) müsste mensch 79,9 Jahre lange arbeiten, in Ostdeutschland noch ein wenig länger.

Abbildung 1: Die Anhebung der Altersgrenzen, 1997-2031



6. Zustände wie in Griechenland?

Mit einer sozialchauvinistischen Demagogie ohnegleichen wird derzeit versucht, von den wirklichen Profiteuren abzulenken und die arbeitenden Menschen in Europa gegeneinander aufzuhetzen. Der Bevölkerung in Deutschland wird, von gleichgeschalteten Massenmedien (in einer gigantischen Kampagne) eingetrichtert, die kleinen Leute in den südeuropäischen Ländern hätten über ihre Verhältnisse gelebt und wir müssten jetzt deren Schulden bezahlen.

So soll internationale Solidarität unterbunden werden. So soll der asoziale Raubzug (in Südeuropa, in Deutschland und in aller Welt) auch für die Zukunft abgesichert werden.

In Wirklichkeit sind weltweit (in Griechenland, wie in Deutschland) nicht die ArbeiterInnen und Angestellten die Absahner. Auch nicht die kleinen Beamten und Selbstständigen. Nicht die RentnerInnen und Kranken und schon gar nicht die Erwerbslosen und Hartz IV EmpfängerInnen.

Die „Assis“ sitzen in den Chefetagen der Banken und Konzerne, in den Regierungen und Aufsichtsräten. Es sind die Dividendenkassierer und Coupon-schneider. Sie nutzen ihre Macht, um sich anzueignen, was Millionen entzogen wird.

Davon, dass infolge des (dadurch unvermeidbar entstehenden) Massenkaufkraftschwundes, der Absatz sinkt, die Arbeitslosigkeit steigt, dadurch wiederum die Wertschöpfung sinkt und der Amoklauf in die Weltwirtschaftskrise beschleunigt wird, versuchen sie abzulenken.

Dass auch auf Exportweltmeister die Krise zurückfällt, wenn die Länder, in die exportiert werden soll, in den Ruin getrieben werden, verschweigen sie ...

Die Zustände in Griechenland, in Spanien, Portugal und anderswo, resultieren aus der gleichen ungebremsten, grenzenlosen Profitlogik, die auch den Sozialabbau in Deutschland immer weiter treibt.

Wenn die wirklichen Täter nicht gestoppt werden, sind Zustände, wie wir sie derzeit in Südeuropa sehen, auch hierzulande an der Tagesordnung.

Abgewälzte Krisen kommen zurück. Früher oder später, aber todsicher.



7. Die Gewerkschaften sind gefordert

Stärkung der Massekaufkraft ist eine wirkungsvolle Medizin gegen die Überproduktionskrise, die ja nicht aus mangelnden Bedürfnissen, sondern aus zu geringer kaufkräftiger Nachfrage entspringt.

Das Rentenniveau beeinflusst die Kaufkraft zu einem beträchtlichen Teil. Deshalb **Renten erhöhen!**

In Zeiten von Massenarbeitslosigkeit, die es in Deutschland (aller beschönigenden Regierungs-Propaganda zum Trotz) immer noch gibt, war, ist und bleibt **Arbeitszeitverkürzung** (ohne Einkommens-Verlust) ein probates Mittel, dieser entgegenzuwirken.

Rücknahme der asozialen „Rentenreform“, **Rücknahme der Rente mit 67, Senkung des Renteneintrittsalters, Verkürzung der Lebensarbeitszeit.**

Das sind also die wirksamen Rezepte, die sich (aus gewerkschaftlicher Sicht) geradezu aufdrängen, wenn Altersarmut bekämpft werden soll.

Als 2007 die Rente mit 67 beschlossen wurde, gab es zunächst mächtige Proteste. Allein die IG-Metall mobilisierte damals über 300.000 Kolleginnen und Kollegen zu Protestkundgebungen und Demonstrationen während der Arbeitszeit.

Aber dann hat die geplante zweite Mobilisierungswelle praktisch nicht mehr stattgefunden. Kritische Geister argwöhnen noch heute, dass dies aus Rücksicht auf die SPD unterblieb, die ja an der Regierung und dem Beschluss beteiligt war.

Seitdem zieht sich der Streit um die Haltung zur Erhöhung des Renteneintrittsalters durch die gewerkschaftliche Debatte. Geblieben ist bis heute – im Prinzip – die Ablehnung der Rente mit 67.

Die DGB-Einzelgewerkschaften haben im Herbst 2012 die Kampagne „Umfairteilen“ proklamiert. Ein guter Beschluss, wenngleich bis jetzt eine wirkliche Massenmobilisierung noch ausgeblieben ist.

Im Rahmen dieses Beschlusses haben sie auch zum Thema Altersarmut Stellung bezogen. Aber hier endet auch schon die Gemeinsamkeit.

Zu einer einheitlichen Forderung nach Wiedereinführung der Rente mit 65, oder gar der Senkung des Renteneintrittsalters auf 60 Jahre (wie es vor 1990, für Frauen, noch gegolten hat), konnten sie sich bis jetzt nicht durchringen.

So schreibt die IG-Metall im Vorwort ihres Themenheftes „**Gute Arbeit gut in Rente**“ wortwörtlich:

„Wir wollen **keine** Rente mit 67 und keine andere **Einheitsgrenze für alle!** Die Menschen und Arbeitsbedingungen sind viel zu unterschiedlich für starre Lösungen.“ (Hervorhebungen im Original).

Generell schlägt die IG Metall in all ihren Themenheften dieses Herbstes (z. B. gleiche Arbeit – gleiches Geld, oder Arbeit sicher und fair! Fokus Werkverträge) in die gleiche Kerbe.

Statt den gewerkschaftlichen Kampf für die ersatzlose Abschaffung von ungesicherten Arbeitsverhältnissen, oder eben für Rücknahme der Erhöhung des Renteneintrittsalters zu führen, werden betriebliche Regelungsverfahren vorgeschlagen, die zwangsläufig zu einer weiteren Zersplitterung der Flächentarifverträge und zu einer weiteren Verbetrieblichung der Tarifpolitik führen würden.

Ganz abgesehen davon, dass es arbeitslebenslang einheitliche Erwerbsbiografien (etwa: Du bist Dein ganzes Arbeitsleben lang in Dreischicht), einfach nicht gibt: Wie soll das Renteneintrittsalter eines Menschen berechnet werden, der in seinem Arbeitsleben immer wieder mal normal gearbeitet hat, mal in Zweischicht, mal in Dreischicht, womöglich zwischendurch arbeitslos war, wenn (laut IG-Metall Forderung) Schichtarbeiter/Innen früher in Rente gehen dürfen sollen als Normalbeschäftigte?

Schlussfolgerungen

Gewerkschaftlicher Kampf ist also auf verschiedenen Ebenen vonnöten:

- Erstens müsste endlich ein wirklicher Kampf gegen die Rente mit 67 sowie die vorgesehene Absenkung des Rentenniveaus aufgenommen werden.
- Zweitens müssen so oder so in den Tarifrunden endlich mal kräftige Entgeltsteigerungen durchgesetzt werden. Gerade die KollegInnen im sogenannten Niedriglohnbereich haben in den letzten Jahren viel verloren. Die unteren 40% erlitten allein im ersten Jahrzehnt dieses Jahrhunderts etwa 6% Reallohnverlust.
- Drittens muss für einen ganz anderen Mindestlohn gekämpft werden als die 8,50 €. Dieser skandalös niedrige Stundenlohn liegt schon im erwerbstätigen Alter bei einer 40 Stundenwoche mit 1078 netto im Monat gerade mal 18 € über der Grenze zur Armutsgefährdung.



Für klassenkämpferische Kolleginnen und Kollegen gibt es allerhand zu tun, denn: Von sich aus werden die Apparate des DGB und seiner Einzelgewerkschaften nicht „in die Pötte kommen“. Zeit also, dass sich linke Kollektive und Ansätze für die Durchsetzung einer anderen Gewerkschaftspolitik besser vernetzen und gemeinsam aktiv werden.

8. Millionen sind stärker als Millionäre.

Natürlich ist es wichtig, auch bei der nächsten Bundestagswahl den asozialen Raubrittern die Quittung zu geben. Aber wer glaubt, man könne bei dieser Wahl die grenzenlose Umverteilung von unten nach oben einfach abwählen, täuscht sich.

Die Agenda 2010-Politiker der SPD-Grünen-Koalition haben diese Umverteilung eingeleitet. Die Quittung „des Wahlvolkes“ war ihre Abwahl. Erst die Große Koalition, dann die CDU/CSU-FDP-Regierung haben noch eins daraufgesetzt.

Jetzt scharren SPD und Grüne wieder mit den Hufen. Nicht, weil sie eine andere Politik machen wollen! Egal, ob von der SPD (Steinmeier, Steinbrück, Gabriel), oder von den Grünen (Özdemir, Roth) usw., sie rühmen sich der Agenda Politik sogar und verkünden heute schon, dass sie diese fortführen wollen.

Es drängt sie offensichtlich an die Futterkrippen der Regierungsmacht, weil da die Pfründe üppiger sind, als wenn man nur aus der zweiten Reihe der Oppositionsbank Schützenhilfe leistet.

Wer die Profitgeier stoppen will, muss der Allmacht des Kapitals die Macht der Millionen entgegensetzen. Am 14. November 2012 rief der Europäische Gewerkschaftsbund zu einem europäischen Generalstreik auf.

An diesem Streiktag und schon davor gab es in vielen Ländern (von Griechenland, über Spanien, Portugal, bis Malta und Zypern Generalstreiks), die diese Gegenmacht zeigten und das öffentliche Leben zum Erliegen brachten. Mächtige Streiks gab es auch in England, Frankreich, Belgien und in anderen Ländern.

Auch in Deutschland zeigten sich in einigen Städten erste, wenn auch noch zaghafte Solidaritätsaktionen. Aber genau auf den massenhaften Widerstand auch hierzulande wird es ankommen.

Gemeinsam handeln, um Altersarmut zu verhindern

Eine gemeinsame Kampagne aller Gewerkschaften und darüber hinaus aller sozialen und demokratischen Bewegungen ist möglich und nötig.

Renten Kürzungsbeschlüsse zurücknehmen! Renteneintrittsalter senken!

Deshalb streiten wir für

- **Abschlagsfreie Rente mit 60**
- **Wiederanhebung des Rentenniveaus auf mindestens 53%**
- **Mindestrente von 1500 € im Monat, gekoppelt an die Preissteigerungsrate**

Informationen über das Netzwerk der Gewerkschaftslinken

Am 15./16. April 1999 trafen sich in Oberursel/Frankfurt ca. 140 GewerkschafterInnen aus der ganzen Bundesrepublik zur Gründung der „Initiative zur Vernetzung linker GewerkschafterInnen“. Was etwas holprig daher kam, war nicht mehr und nicht weniger als ein längerfristig angelegtes Projekt mit dem Ziel, linker Gewerkschaftspolitik größere Geltung zu verschaffen. Vorausgegangen war eine ca. einjährige Debatte in verschiedenen regionalen Diskussionszusammenhängen und in den Zeitschriften „Sozialismus“ und „express“, die die InitiatorInnen ermutigte, das erste bundesweite Treffen zu organisieren.

Ausgangspunkt für die Initiative war die Einschätzung, dass die Gewerkschaften in einer tiefen politischen Krise sind und keine kämpferische Politik im Interesse der Lohnabhängigen machen. Die Initiative zur Vernetzung der Gewerkschaftslinken möchte eine bundesweite ernstzunehmende, basis- und kampforientierte zielgerichtete Initiative sein, auf die nicht nur die Gewerkschaftslinken, sondern auch die breite Masse der Gewerkschaftsbasis setzen kann, um Gegenwehr gegen die Angriffe des Kapitals auf die tariflichen, gewerkschaftlichen und sozialen Errungenschaften der Werktätigen zu organisieren.

In vielen Betrieben und Gewerkschaften gibt es KollegInnen, die sich für gewerkschaftliche Organisation, für menschenwürdige Arbeitsbedingungen, für kämpferische Auseinandersetzungen, für demokratische Gewerkschaftsstrukturen einsetzen. Diese KollegInnen sind aber nicht vernetzt. Sie schaffen es deshalb oft nicht, ihre Ziele durchzusetzen, weil die Kämpfe einzeln geführt werden. Ziel der Gewerkschaftslinken ist, diese kämpferischen, engagierten, aber zersplitterten KollegInnen zusammen zu bringen, sie in die Forumsarbeit vor Ort einzubinden bzw. neue Foren aufzubauen, um gemeinsame Verabredungen zu treffen. Bundesweit gilt es, diese örtlichen Foren zu vernetzen, gemeinsame Ziele festzulegen, gemeinsame Kampagnen zu organisieren, um dadurch gemeinsam stärkere, kontinuierliche und erfolgreiche Arbeit auf einer gemeinsamen Plattform zu entwickeln.

Dieses Netzwerk versteht sich nicht als Konkurrenz zu den Gewerkschaften. Die Gewerkschaften sind trotz ihrer Schwäche und Fehler die einzigen Massenorganisationen der Beschäftigten und die erste Adresse für Millionen von Beschäftigten, um sich gegen Angriffe der Arbeitgeber zu wehren. Aber die Politik in den Gewerkschaften ist geprägt vom Comanagement und Zugeständnissen an die Kapitaleseite. Und dieser Politik will die Gewerkschaftslinke eine Alternative entgegensetzen.

Dieses Netzwerk soll die Selbstorganisation der Belegschaften stärken, soll die politische und gewerkschaftliche Emanzipation der arbeitenden Menschen ermöglichen. Die Gewerkschaftslinke wendet sich aktiv gegen alle Bestrebungen, gewerkschaftliche Aktivitäten den Interessen und Zielen des Kapitals unterzuordnen. Stattdessen will sie dazu beitragen, über die Grenzen des kapitalistischen Systems hinaus zu denken und Alternativen zu entwickeln.

Vor Ort vernetzen Foren die Arbeit der Gewerkschaftslinken. Durch Veranstaltungen und Forumstreffs wird versucht, die Ziele der Gewerkschaftslinken weiterzuverbreiten, zu verankern und die aktiven Gewerkschafter vor Ort zu vernetzen.

Für Kontinuität sorgen ein bundesweiter Arbeitsausschuss, der alle 2 Monate tagt, und das Sekretariat. Ca. alle 6 bis 8 Wochen erscheint ein Netzwerkinfo, das über betriebliche, gewerkschaftliche, soziale und politische Kämpfe berichtet, auch in anderen Ländern, und zu gewerkschaftlichen, sozialen und politischen Fragen Stellung bezieht, sowie Vorschläge für gemeinsames Vorgehen entwickelt. Jährlich findet ein bundesweiter Kongress statt, der die Aktiven bundesweit vernetzen will und gemeinsame Positionen und Aktionen festlegen soll.

Wer Interesse an Mitarbeit in den bestehenden Foren hat oder Unterstützung beim Aufbau von neuen Foren haben möchte, kann sich an Hans Kroha (HKroha@t-online.de) oder Christa Hourani (christa.hourani@t-online.de) wenden.

Weitere Infos unter: www.labourmet.de/gewlinke/